Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Herr Albrecht Dieffenbacher
Chef Stabsbereich Recht
Staatssekretariat für Migration SEM
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

28. Februar 2017

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten"; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative "Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten" und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

1. Allgemeine Bemerkungen

Die Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“ (RASA-Initiative) will mit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 in die Bundesverfassung eingefügten Zuwanderungsbestimmungen (Art. 121 a BV und Art. 197 Ziff. 11 BV) der Masseneinwanderungsinitiative (MEI), welche die Zahl der Einwanderung von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzen wollte, wieder aus der Verfassung streichen. Der Bundesrat hatte bereits im Oktober 2016 entschieden, die RASA-Initiative abzulehnen und ihr einen direkten Gegenentwurf entgegenzustellen.

Am 16. Dezember 2016 wurde die Ausführungsgesetzgebung zu Art. 121 a BV durch die eidgenössischen Räte verabschiedet. Unter anderem wurde das Ausländergesetz dahingehend geändert, dass auf Höchstzahlen und Kontingente bei der Zulassung von Personen aus den EU/EFTA-Staaten zu verzichten ist. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Die Frist läuft bis zum 7. April 2017. Sollte das Referendum zustande kommen, wird es bei der Abstimmung vor allem auch um die Frage gehen, ob die vom Parlament beschlossene Revision des Ausländergesetzes die Bestimmungen von Art. 121 a BV genügend umsetzen werde.

2. Zum direkten Gegenvorschlag des Bundesrats

Grundsätzlich wäre ein direkter Gegenentwurf zur RASA-Initiative des Bundesrats zu begrüssen. Ohne näher auf die beiden Lösungsvarianten einzugehen, kann jedoch gesagt werden, dass es sich bei den Inhalten um technische Details handelt, welche den bestehenden politischen Widerspruch, nämlich die hierarchische Stellung der Verfassungsbestimmung von Art. 121 a und den Bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zu klären, nicht lösen. Auch eine allfällige Referendumsabstimmung über die vom Parlament beschlossene Revision des Ausländergesetzes zu den Bestimmungen von Art. 121 a BV, wird diesen Konflikt nicht lösen können. Deshalb wird der Gegenentwurf des Bundesrats mit den beiden

vorgeschlagenen Varianten abgelehnt. Der Regierungsrat des Kantons Solothurn ist jedoch der Ansicht, dass der Bundesrat einen Gegenentwurf zur RASA-Initiative präsentieren muss, welcher den bestehenden Konflikt aufzulösen vermag.

Wir laden Sie ein, unsere Überlegungen zu berücksichtigen und danken Ihnen nochmals für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Dr. Remo Ankli
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber